Insolvenzrecht

Keller

3. Auflage 2025
ISBN 978-3-8006-7413-8
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.
beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Insolvenzrecht

Von
Ulrich Keller
Professor an der
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

3., neu bearbeitete Auflage 2025

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Keller* InsR Rn.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 7413 8
ISBN E-Book 978 3 8006 7414 5

© 2025 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@vahlen.de
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Kirrberg

myclimate
shape our future

vahlen.de/nachhaltig
produktsicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Mit der dritten Auflage liegt das Lehrbuch zum Rechtsstand Frühjahr 2025 vor. Seit der zweiten Auflage ist im Insolvenzrecht viel geschehen. Das Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (SanInsFoG) brachte mit dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz einen weiteren Baustein zur Sanierung und Restrukturierung von Unternehmen. Zugleich wurden die Vorschriften zur vorläufigen Eigenverwaltung präzisiert und die Zugangsvoraussetzungen für dieses Verfahren ein wenig verschärft. Das Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens brachte eine Vereinfachung und Vereinheitlichung dieses Verfahrens. Es scheint nun glücklicherweise ein wenig Ruhe eingekehrt zu sein.

Die Bezeichnungen der Gesetzesreformen – wahre Wortungetüme – mögen die Leserin und den Leser nicht davon abhalten, mit Erkenntnisgewinn dieses Buch nicht nur zu lesen, sondern auch durchzuarbeiten. Die Gesetzesreformen sind in allen relevanten Kapiteln in gut verdaulichen Dosen eingepflegt. Um die Aspekte der Sanierung und Restrukturierung noch besser im Gesamtbild des modernen Insolvenzrechts sichtbar zu machen, wurde Kapitel 1 um einen Abschnitt erweitert, der diese Themen erläutert und in Einzelfragen auf weitere Kapitel verweist. So ergibt sich ein konsistentes Bild der Regelungsinstrumente des Insolvenzrechts. Da dieses Buch als Lehrbuch angelegt ist, sind manche Fragestellungen des Sanierungsrechts und der Sanierungspraxis mit weiteren Verweisungen knapp ausgeführt. Selbstverständlich kann das Buch auch in der gerichtlichen Praxis oder der Verwaltungspraxis mit Gewinn zur Hand genommen werden.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Wie bereits im Vorwort zur zweiten Auflage betont, ist es wichtig, sowohl für das Verfahrensrecht, erst recht aber für das materielle Insolvenzrecht die Zusammenhänge mit anderen und Ausstrahlungswirkungen auf andere Rechtsgebiete zu kennen. Nur wer das Grundsystem des Insolvenzrechts versteht, kann auch seine Spielarten begreifen.

Neben den Änderungen des Insolvenzrechts durch die genannten Gesetze sind natürlich weitere wichtige Rechtsänderungen berücksichtigt, beispielsweise Änderungen im Allgemeinen Zwangsvollstreckungsrecht, im Betreuungsrecht und vor allem im Gesellschaftsrecht durch das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts. Literatur und Rechtsprechung sind bis Ende März 2025 berücksichtigt. Die zahlreichen Beispiele wurden überarbeitet und um weitere Beispiele bereichert. In der Rechtsprechung wurde wieder besonderes Augenmerk auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs gelegt, vor allem im Insolvenzanfechtungsrecht.

Die dritte Auflage erscheint in einer Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs, die Zahl an Insolvenzverfahren steigt wieder an, die Nachfrage nach Sanierungsberatung wird größer. Es ist zu hoffen, dass hier das Insolvenzrecht nicht lediglich negativ betrachtet wird, sondern seine Instrumente und Wirkungen auch als Chance begriffen werden.

Möge die dritte Auflage den Leserinnen und Lesern Nutzen bringen.

Berlin, im April 2025 *Ulrich Keller*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort V

Inhaltsverzeichnis IX

Verzeichnis der Muster und Übersichten XXXV

Abkürzungsverzeichnis XXXVII

Literaturverzeichnis XLI

1. Teil. Grundsätze des Insolvenzrechts 1

1. Kapitel. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben 1

2. Kapitel. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens 37

2. Teil. Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens 181

3. Kapitel. Das Insolvenzeröffnungsverfahren 181

4. Kapitel. Das eröffnete Insolvenzverfahren 251

3. Teil. Das so genannte materielle Insolvenzrecht 297

5. Kapitel. Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung 297

6. Kapitel. Die Leistungserfüllung nach Insolvenzeröffnung 335

7. Kapitel. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse 349

8. Kapitel. Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung 363

9. Kapitel. Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung 409

10. Kapitel. Die Abwicklung nicht erfüllter oder laufender Vertragsverhältnisse 427

11. Kapitel. Die Insolvenzanfechtung 509

4. Teil. Die besonderen Verfahrensarten 591

12. Kapitel. Das Insolvenzplanverfahren 591

13. Kapitel. Das Verfahren der Eigenverwaltung 643

14. Kapitel. Das Restschuldbefreiungsverfahren 663

15. Kapitel. Das Verbraucherinsolvenzverfahren 707

Stichwortverzeichnis 737

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V

Inhaltsübersicht VII

Verzeichnis der Muster und Übersichten XXXV

Abkürzungsverzeichnis XXXVII

Literaturverzeichnis XLI

1. Teil. Grundsätze des Insolvenzrechts 1

1. Kapitel. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben 1
I. Die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Insolvenzrechts 1
1. Der Zweck des Insolvenzrechts im Wirtschaftsleben 1
a) Das Insolvenzrecht als Folge wirtschaftlichen Handelns 1
b) Der Zweck und die Funktionen des Insolvenzverfahrens 3
c) Der Verfahrensablauf im Regelinsolvenzverfahren 5
aa) Das Insolvenzeröffnungsverfahren 5
bb) Die Aufgaben des Insolvenzverwalters 6
cc) Die Feststellung der Forderungen und die Erlösverteilung 6
dd) Das Insolvenzplanverfahren 7
ee) Das Verfahren der Eigenverwaltung 7
2. Die Aussagekraft der Insolvenzstatistiken 8
II. Zur Geschichte des Insolvenzrechts 9
1. Die Bedeutung der rechtsgeschichtlichen Entwicklung 9
2. Das Altertum und das römische Recht 10
a) Die Ansätze einer insolvenzrechtlichen Rechtspraxis im Orient 10
b) Das römische Privatrecht 11
aa) Die Personalexekution des Legisaktionenverfahrens 11
bb) Die Vermögensexekution im Formularprozess 11
3. Die europäischen Entwicklungen und die Neuzeit 12
a) Das italienische Statutarrecht der frühen Neuzeit 12
b) Der Konkursprozess nach *Salgado de Samoza* 13
4. Die Entwicklung des gemeinrechtlichen deutschen Konkurses 13
a) Der Einfluss des italienischen Statutarrechts auf deutsche Handelsstädte 13
b) Die landesrechtlichen Regelungen in der Neuzeit 14
c) Das so genannte gemeinrechtliche Konkursverfahren 14
5. Von der Reichskonkursordnung zur Insolvenzrechtsreform 16
a) Die Entstehung der Konkursordnung für das Deutsche Reich 16
b) Die Vergleichsordnung und die Gesamtvollstreckungsordnung 18
6. Die Insolvenzrechtsreform bis zur Insolvenzordnung 19
a) Die Insolvenzrechtsreform bis 1999 19
b) Die weiteren Änderungen der Insolvenzordnung 21
III. Sanierung oder Liquidation im Insolvenzrecht 25
1. Die Sanierung als Ziel des Insolvenzverfahrens 25
2. Krisenerkennung und Sanierungsfähigkeit 25
3. Sanierungsmaßnahmen 27
a) Leistungs- und finanzwirtschaftliche Sanierung 27
c) Der so genannte Share Deal 28
d) Der Debt-to-equity swap 29
e) Kapitalmaßnahmen 29

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

f) Die Gründung einer Auffanggesellschaft 30
g) Der so genannte M&A-Prozess 30
4. Sanierung im Insolvenzverfahren 31
5. Sanierung und Restrukturierung außerhalb der Insolvenz 31
a) Das Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG) 31
b) Aufbau und Inhalt eines Restrukturierungsplans 32
c) Die Annahme eines Restrukturierungsplans 33
d) Die Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens 34
aa) Die gerichtliche Planabstimmung 34
bb) Die gerichtliche Vorprüfung eines Restrukturierungsplans . . 34
cc) Die gerichtliche Planbestätigung 34
dd) Die Anordnung von Stabilisierungsmaßnahmen 34
ee) Die Bestellung eines Restrukturierungsbeauftragten 35
ff) Das Verfahren der Sanierungsmoderation 35

2. Kapitel. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens 37
I. Das Insolvenzgericht 37
1. Allgemeine Vorüberlegungen 37
a) Das Insolvenzverfahren als gerichtliches Verfahren 37
b) Die Gewährung des rechtlichen Rahmens durch das Insolvenzgericht 38
2. Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts 38
a) Die sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts 38
b) Die örtliche Zuständigkeit 40
aa) Die Zuständigkeit nach dem allgemeinen Gerichtsstand des Schuldners 40
bb) Die Zuständigkeit nach dem Mittelpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit 41
cc) Der Kompetenzkonflikt bei mehrfacher Zuständigkeit 42
dd) Die Ausschließlichkeit der örtlichen Zuständigkeit 43
ee) Die besondere örtliche Zuständigkeit im Nachlassinsolvenzverfahren 43
c) Die funktionelle Zuständigkeitsverteilung am Insolvenzgericht . . 44
aa) Die Zuständigkeiten des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle 44
bb) Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Richter und Rechtspfleger 44
3. Die Aufgaben des Insolvenzgerichts 46
a) Die allgemeine Leitung des Insolvenzverfahrens 46
b) Die Stellung des Gerichts gegenüber dem Insolvenzverwalter . . . 47
aa) Das allgemeine Aufsichtsrecht des Insolvenzgerichts 47
bb) Die Entlassung aus dem Amt 49
c) Die Stellung des Gerichts gegenüber den Gläubigern 50
4. Allgemeine Regelungen des Verfahrensrechts 55
a) Die subsidiäre Geltung der Zivilprozessordnung 55
b) Der Grundsatz der Amtsermittlung 55
c) Die Vornahme von Zustellungen im Insolvenzverfahren 56
d) Die öffentliche Bekanntmachung im Insolvenzverfahren 57
aa) Die Bewirkung der öffentlichen Bekanntmachung 57
bb) Die Wirkungen der öffentlichen Bekanntmachung 58
e) Das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde 59
aa) Die Beschwerde als allgemeines Rechtsmittel 59
bb) Die besondere Anfechtbarkeit von Rechtspflegerentscheidungen 59

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

f) Die Gewährung rechtlichen Gehörs 60
aa) Rechtliches Gehör und Anhörung 60
bb) Die Gewährung rechtlichen Gehörs in Einzelfällen 61
g) Die Anwendung kostenrechtlicher Vorschriften 61
aa) Die gerichtlichen Kosten des Insolvenzverfahrens 61
bb) Die Kostentragungspflicht im Insolvenzverfahren 62
cc) Die Gewährung der Kostenstundung 62
II. Der Schuldner im Insolvenzverfahren 63
1. Die Insolvenzverfahrensfähigkeit 63
a) Der Begriff der Insolvenzverfahrensfähigkeit 63
b) Die natürliche Person als Schuldner 64
aa) Der Grundsatz der Insolvenzverfahrensfähigkeit 64
bb) Die Unterscheidung zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenz 65
c) Die juristische Person als Schuldner 66
d) Die rechtsfähige Personengesellschaft als Schuldner 68
e) Die insolvenzverfahrensfähigen Sondervermögen 69
aa) Das Nachlassinsolvenzverfahren 69
bb) Das internationale Insolvenzrecht 70
f) Die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts 71
2. Die allgemeinen Wirkungen der Insolvenzeröffnung 72
a) Die vermögens-, familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen . . 72
aa) Die vermögensrechtlichen Wirkungen im Überblick 72
bb) Die familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen 72
b) Die handels- und gesellschaftsrechtlichen Wirkungen 75
aa) Die handelsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung . 75
bb) Die gesellschaftsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung 75
cc) Die Vollbeendigung der Gesellschaft im Insolvenzverfahren 76
dd) Die Geltendmachung der persönlichen Haftung bei Personengesellschaften 78
ee) Die Auflösung der Gesellschaft in der Gesellschafterinsolvenz 79
ff) Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts 80
c) Die staatsbürgerlichen und standesrechtlichen Folgen der Insolvenz 84
3. Die Pflichten des Schuldners im Insolvenzverfahren 85
a) Die allgemeine Auskunftspflicht des Schuldners 85
b) Die Mitwirkungspflicht gegenüber dem Insolvenzverwalter 86
c) Die Präsenzpflicht des Schuldners 86
d) Die Durchsetzung der Schuldnerpflichten durch das Insolvenzgericht 86
4. Die Rechte des Schuldners im Insolvenzverfahren 88
a) Die allgemeinen Verfahrensrechte 88
b) Das Recht auf Unterhaltsgewährung 88
5. Die Bildung der Insolvenzmasse 89
a) Der Schuldner als Rechtsträger der Insolvenzmasse 89
b) Die Insolvenzmasse als Haftungsobjekt der Insolvenzgläubiger 90
c) Die Bildung der Insolvenzmasse nach § 35 und § 36 InsO 90
aa) Das Vermögen des Schuldners im Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung 90
bb) Das der Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen 93
cc) Der so genannte Neuerwerb 95
dd) Die Besonderheiten bei laufenden Bezügen des Schuldners . . 95

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ee) Bedingt pfändbare Bezüge nach § 850b ZPO 97
ff) Das Pfändungsschutzkonto nach § 850k ZPO 98
gg) Das Handelsgeschäft oder die freiberufliche Praxis des Schuldners 98
hh) Die so genannte Freigabe der selbstständigen Tätigkeit nach § 35 Abs. 2 InsO 100
d) Die Insolvenzmasse in den Sonderinsolvenzen 104
aa) Die Insolvenzmasse bei der Gütergemeinschaft nach § 37 InsO 104
bb) Die Insolvenzmasse im Nachlassinsolvenzverfahren 104
e) Der Streit um die Massezugehörigkeit 104
f) Die Freigabe einzelner Massegegenstände durch den Insolvenzverwalter 105
III. Der Insolvenzverwalter 107
1. Die Bedeutung des Insolvenzverwalters 107
a) Der Insolvenzverwalter als zentrale Person des Verfahrens 107
b) Die Rechtsstellung gegenüber anderen Verfahrensbeteiligten 107
2. Die Bestellung des Insolvenzverwalters durch das Insolvenzgericht 108
a) Die sachlichen und persönlichen Anforderungen an den Insolvenzverwalter 108
b) Vorauswahllisten und konkrete Bestellung 110
c) Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters 111
d) Die Bestellung des Insolvenzverwalters mit Insolvenzeröffnung 111
e) Die Auswahl des Sachwalters im Eigenverwaltungsverfahren . . . 112
3. Die Wahl des Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung 113
a) Die Wahl des Insolvenzverwalters als Ausfluss der Gläubigerautonomie 113
b) Die Voraussetzungen der Verwalterwahl 113
c) Die Bestätigung des Insolvenzverwalters durch das Gericht 114
4. Der Beginn und das Ende des Verwalteramtes 115
a) Die Annahme des Verwalteramtes 115
b) Die Beendigung des Amtes 116
5. Die rechtliche Qualifikation des Amtes des Insolvenzverwalters . . . 116
a) Der Theorienstreit um das Verwalteramt 116
b) Der Insolvenzverwalter als Partei kraft Amtes 117
c) Der Insolvenzverwalter als spezifisches Vertretungsorgan des Schuldners 118
6. Die Aufgaben des Insolvenzverwalters im Überblick 119
a) Die Inbesitznahme der Insolvenzmasse 119
b) Die Pflicht zur Inventarisierung und Bilanzierung der Insolvenzmasse 120
c) Die handels- und steuerrechtlichen Buchführungspflichten 121
d) Die Verwertung der Insolvenzmasse 121
e) Der Insolvenzverwalter als Unternehmer 122
f) Die Pflicht zur Forderungserfassung und Forderungsprüfung . . . 123
g) Die Verteilung der Insolvenzmasse 123
7. Die Rechenschaftspflicht gegenüber den Gläubigern 123
8. Die persönliche Haftung des Insolvenzverwalters 124
a) Die Haftung im Rahmen der Erfüllung insolvenzrechtlicher Pflichten 124
b) Die besondere Haftung gegenüber Massegläubigern 126
9. Die Vergütung des Insolvenzverwalters 127
a) Der Anspruch des Insolvenzverwalters auf angemessene Vergütung 127

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

b) Das Grundsystem der Vergütungsgewährung 128
aa) Die Bestimmung der Insolvenzmasse als Berechnungsgrundlage 128
bb) Die Bestimmung der so genannten Regelvergütung 128
cc) Die Erhöhung oder Kürzung der Vergütung 129
dd) Der Ersatz von Auslagen und Umsatzsteuer 130
c) Das Verfahren der Vergütungsgewährung 130
d) Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters 130
e) Die Vergütung des Sachwalters und des vorläufigen Sachwalters 131
f) Die Vergütung sonstiger Organe des Insolvenzverfahrens 131
IV. Die Gläubiger im Insolvenzverfahren 131
1. Die Gläubiger des Insolvenzverfahrens im Überblick 131
2. Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens 133
a) Der Grundsatz des § 53 InsO 133
b) Die Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 54 InsO 134
c) Die sonstigen Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 1 InsO 134
aa) Die Verbindlichkeiten aus Handlungen des Insolvenzverwalters 135
bb) Die Verbindlichkeiten aus der Erfüllung gegenseitiger Verträge 136
cc) Die Verbindlichkeiten aus ungerechtfertigter Bereicherung . . 137
d) Die weiteren Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens . . 137
aa) Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzeröffnungsverfahrens 137
bb) Die übrigen Masseverbindlichkeiten 139
e) Die Beteiligung der Massegläubiger am Insolvenzverfahren 140
3. Die Insolvenzgläubiger 141
a) Die nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger nach § 38 InsO 141
aa) Die Definition des Insolvenzgläubigers 141
bb) Besondere Arten von Insolvenzforderungen 143
cc) Gesamtschuldnerische Haftung des Schuldners 145
b) Die nachrangigen Insolvenzforderungen nach § 39 InsO 146
4. Der Aussonderungsberechtigte nach § 47 InsO 148
a) Die systematische Einordnung von Aussonderung und Absonderung 148
b) Das Aussonderungsrecht nach § 47 InsO 149
c) Die Ersatzaussonderung nach § 48 InsO 151
5. Der Absonderungsberechtigte nach §§ 49 ff. InsO 153
a) Grundsätze zum Absonderungsrecht 153
b) Die Absonderungsrechte an Grundstücken nach § 49 InsO 153
c) Die Absonderungsrechte an beweglichen Gegenständen nach § 50 InsO 155
d) Die sonstigen Absonderungsrechte nach § 51 InsO 156
e) Sicherungsübereignung und Eigentumsvorbehalt 157
aa) Die Verwaltungstreuhand 157
bb) Die Sicherungsübereignung 158
cc) Der Eigentumsvorbehalt 159
f) Die Ersatzabsonderung analog § 48 InsO 159
g) Die Verwertung durch den Insolvenzverwalter 159
aa) Die Verwertung unbeweglichen Vermögens 159
bb) Die Verwertung beweglicher Gegenstände, § 166 InsO 160
cc) Die Erlösverteilung nach §§ 170 ff. InsO 162
dd) Die Verwertung durch den Gläubiger 163
6. Die Mitwirkungsrechte der Insolvenzgläubiger im Insolvenzverfahren 164

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

a) Individual- und Kollektivbefugnisse 164
b) Antrags- und Initiativrechte 164
c) Beteiligungsrechte und Einspruchsrechte 165
d) Anhörungsrechte und Beschwerdebefugnis 166
7. Die Gläubigerversammlung als Organ der Gläubigergemeinschaft . . 166
a) Die Gläubigerversammlung im Regelinsolvenzverfahren 166
b) Die Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung 167
c) Die Einberufung und Leitung der Gläubigerversammlung 169
d) Die Beschlussfassung der Gläubiger 170
8. Der Gläubigerausschuss als Exekutivorgan 176
a) Die Rechtsstellung des Gläubigerausschusses 176
b) Die Einsetzung des Gläubigerausschusses 176
aa) Die Einsetzung durch die Gläubigerversammlung 176
bb) Die Zulässigkeit eines Gläubigerausschusses im Eröffnungsverfahren 177
cc) Die Zusammensetzung des Gläubigerausschusses 177
c) Die Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses 178
aa) Die allgemeine Aufgabenstellung des § 69 InsO 178
bb) Die Zustimmungspflichten nach §§ 160 ff. InsO 179
cc) Antrags- und Initiativrechte 179
dd) Zusammenkunft und Beschlussfassung 180

2. Teil. Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens 181

3. Kapitel. Das Insolvenzeröffnungsverfahren 181
I. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens 181
1. Der Zweck des Insolvenzeröffnungsverfahrens 181
2. Das Antragserfordernis des § 13 InsO 182
a) Der Antragsgrundsatz des § 13 InsO 182
b) Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen für den Insolvenzantrag 183
3. Die Stellung des Insolvenzantrags durch den Schuldner und durch einen Gläubiger 184
a) Der Insolvenzantrag des Schuldners 184
aa) Das Recht zur Antragstellung 184
bb) Die inhaltlichen Anforderungen an den Insolvenzantrag . . . 185
cc) Der Insolvenzantrag bei juristischen Personen und Personengesellschaften 185
dd) Die Insolvenzantragspflicht bei beschränkter Haftung der Insolvenzmasse 186
b) Der Insolvenzantrag eines Gläubigers 191
aa) Das Recht zur Antragstellung 191
bb) Die Anforderungen an einen Insolvenzantrag des Gläubigers nach § 14 InsO 193
cc) Die Schadensersatzpflicht des Gläubigers bei mutwilliger Antragstellung 195
dd) Die Stellung mehrerer Insolvenzanträge gegen den Schuldner 195
c) Die Besonderheiten bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen 196
d) Die Rücknahme des Insolvenzantrags 196
aa) Die Antragsrücknahme bis zur Entscheidung über die Insolvenzeröffnung 196
bb) Die Erledigung des Insolvenzantrags in der Hauptsache 197
4. Die Prüfung der Zulässigkeit des Insolvenzantrags durch das Gericht 198
a) Die Prüfung der Zulässigkeit durch das Insolvenzgericht 198

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

b) Die Maßnahmen nach Zulassung des Insolvenzantrags 199
aa) Die Anhörung des Schuldners beim Gläubigerantrag nach § 14 Abs. 2 InsO 199
bb) Die Mitwirkungspflicht des Schuldners nach § 20 Abs. 1 InsO 199
II. Die Prüfung des Insolvenzgrundes nach § 16 InsO 200
1. Der Amtsermittlungsgrundsatz im Insolvenzeröffnungsverfahren . . 200
a) Die Prüfung der Begründetheit des Insolvenzantrags 200
b) Die Beauftragung eines Sachverständigen im Insolvenzeröffnungsverfahren 200
2. Die Insolvenzgründe der §§ 17 ff. InsO 204
a) Der allgemeine Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 InsO 204
aa) Die Tatbestandsmerkmale der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 Abs. 2 S. 1 InsO 204
bb) Die Zahlungseinstellung als gesetzliche Vermutung des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit 208
b) Die drohende Zahlungsunfähigkeit nach § 18 InsO 209
c) Die Überschuldung als weiterer Insolvenzgrund nach § 19 InsO 210
aa) Der Anwendungsbereich des § 19 InsO 210
bb) Die Definition der Überschuldung nach § 19 Abs. 2 InsO . . . 210
III. Die Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts nach § 21 InsO 212
1. Die Erforderlichkeit einstweiliger Anordnungen nach § 21 Abs. 1 InsO 212
2. Die Sicherungsmaßnahmen des § 21 Abs. 2 InsO im Überblick 213
3. Die Anordnung von Verfügungsbeeinträchtigungen gegen den Schuldner nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO 217
a) Die Anordnung des allgemeinen Verfügungsverbots 217
b) Die Anordnung eines so genannten Zustimmungsvorbehalts 219
4. Die Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO 220
a) Die Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters je nach Anordnung der Verfügungsbeeinträchtigung gegen den Schuldner 220
aa) Der so genannte starke vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 1 InsO 221
bb) Der so genannte schwache vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 2 InsO 225
b) Einzelne praktische Fragen der vorläufigen Insolvenzverwaltung 226
5. Die Anordnung der einstweiligen Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO 228
a) Inhalt und Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO 228
aa) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger 229
bb) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Maßnahmen . . . 230
cc) Die Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach §§ 775, 776 ZPO 231
b) Einzelne Fallgruppen der Zwangsvollstreckung bei Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen 232
c) Keine Geltung des § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO bei Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen 233
aa) Die Einstellung der Zwangsversteigerung nach § 30d Abs. 4 ZVG 233
bb) Die Eintragung einer Sicherungshypothek nach §§ 866, 867 ZPO 234
6. Die Anordnung einer einstweiligen Postsperre nach § 21 Abs. 2 Nr. 4 mit § 99 InsO 236

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

7. Die Anordnung eines Herausgabe- und Verwertungsverbots nach § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO 236
8. Die Anordnung von Maßnahmen gegen die Person des Schuldners nach § 21 Abs. 3 InsO 237
9. Das Verfahren der Anordnung laufender Sicherungsmaßnahmen . . . 237
a) Der Ermessensspielraum des Insolvenzgerichts nach § 21 Abs. 1 S. 1 InsO 237
b) Die Frage der Anhörung des Schuldners 237
c) Die Wirksamkeit der Anordnung entsprechend § 27 Abs. 2 Nr. 3 InsO 237
d) Die öffentliche Bekanntmachung und Eintragung in das Grundbuch nach § 23 InsO 238
e) Die sofortige Beschwerde gegen die einstweiligen Anordnungen nach § 21 Abs. 1 S. 2 InsO 239
10. Die Aufhebung der einstweiligen Sicherungsmaßnahmen 239
IV. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens 240
1. Die Entscheidungsalternativen für die Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens 240
2. Die Abweisung der Insolvenzeröffnung mangels Masse nach § 26 InsO 241
a) Die Massekostendeckung nach §§ 26 und 54 InsO 241
b) Der Massekostenvorschuss und die Kostenstundung 242
c) Der Erlass des Abweisungsbeschlusses 243
d) Die Wirkungen der Abweisung mangels Masse gegen den Schuldner 243
aa) Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis nach § 26 Abs. 2 InsO 243
bb) Die gesellschaftsrechtlichen Folgen der Abweisung mangels Masse 244
cc) Die Haftung des Schuldners bei Insolvenzantragspflicht nach § 26 Abs. 3 InsO 244
3. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 27 InsO 244
a) Der Inhalt des Insolvenzeröffnungsbeschlusses nach § 27 Abs. 2 InsO 244
b) Die Mitteilung und Bekanntmachung der Insolvenzeröffnung an den Rechtsverkehr 247
c) Die sofortige Beschwerde gegen die Insolvenzeröffnung nach § 34 InsO 247

4. Kapitel. Das eröffnete Insolvenzverfahren 251
I. Der Verfahrensablauf nach Insolvenzeröffnung 251
1. Die Abwicklung der Insolvenz durch den Insolvenzverwalter 251
2. Der Ablauf des Verfahrens beim Insolvenzgericht 251
a) Die Forderungsanmeldung und Forderungsprüfung 251
b) Die Durchführung der Verteilungen 252
II. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen 252
1. Die Anmeldepflicht und die Teilnahme am Insolvenzverfahren 252
2. Die Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen 253
a) Die Anmeldung nicht nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 38 InsO 253
b) Die Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 174 Abs. 3 InsO 254
c) Keine Anmeldung von Masseverbindlichkeiten 254
3. Die formalen Anforderungen an eine Forderungsanmeldung 254

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

a) Die Anmeldefrist des § 28 Abs. 1 InsO 254
b) Die Form der Anmeldung 254
c) Der Adressat der Anmeldung 255
d) Der Inhalt der Forderungsanmeldung 255
aa) Hauptsache, Zinsen und Kosten der Insolvenzforderung . . . 255
bb) Die Angabe des Forderungsgrundes 256
cc) Die Angabe abgesonderter Befriedigung 256
e) Die Beifügung von Nachweisen zur Forderungsanmeldung 256
4. Die Behandlung der Forderungsanmeldung 257
a) Die Vorprüfung der Forderungsanmeldung 257
b) Die Anlegung der Insolvenztabelle und Niederlegung bei Gericht nach § 175 Abs. 1 InsO 258
III. Das Verfahren der Forderungsfeststellung 258
1. Der allgemeine Prüfungstermin nach § 176 InsO 258
a) Der allgemeine Prüfungstermin als Gläubigerversammlung 258
b) Die Prüfung der angemeldeten Forderungen nach § 176 S. 2 InsO 259
2. Die Feststellung oder das Bestreiten von Forderungen 259
a) Die Alternativen der Feststellung oder des Bestreitens 259
b) Die Feststellung einer Insolvenzforderung 260
c) Das Bestreiten einer Forderung 261
aa) Das Recht, eine Forderung zu bestreiten 261
bb) Der Inhalt des Bestreitens 262
cc) Die Eintragung des Widerspruchs in die Insolvenztabelle . . . 263
d) Die klageweise Feststellung einer Forderung nach Bestreiten . . . 263
aa) Das Ergebnis der Forderungsprüfung nach § 178 InsO 263
bb) Die Feststellung einer bisher nicht durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung 264
cc) Die Feststellung einer bereits durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung 268
3. Der besondere Prüfungstermin nach § 177 InsO 271
a) Die Voraussetzungen des besonderen Prüfungstermins 271
b) Die Bestimmung des besonderen Prüfungstermins durch das Insolvenzgericht 271
c) Die schriftliche Forderungsprüfung 272
4. Die Anmeldung und Prüfung einer Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung 272
a) Die Anmeldung nach § 174 Abs. 2 InsO 272
b) Das Bestreiten durch den Schuldner 274
c) Die Feststellung der Forderung im Klagewege 274
d) Die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung nach § 201 Abs. 2 InsO 275
IV. Die Verteilung des Verwertungserlöses und die Verfahrensbeendigung 277
1. Das Verteilungsverzeichnis als Voraussetzung einer Verteilung 277
a) Die Aufstellung des Verzeichnisses durch den Insolvenzverwalter 277
aa) Die Aufnahme der Insolvenzforderungen in das Verteilungsverzeichnis 277
bb) Die Berücksichtigung streitiger Insolvenzforderungen 277
cc) Die Berücksichtigung absonderungsberechtigter Insolvenzgläubiger 278
dd) Die Berücksichtigung bedingter Forderungen 279
b) Die Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis 279
2. Die Abschlagsverteilung nach § 187 Abs. 2 InsO 280
3. Die Schlussverteilung nach § 196 InsO 281
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Schlussverteilung 281
aa) Die vollständige Verwertung der Insolvenzmasse 281

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

bb) Die Beteiligung des Gläubigerausschusses und des Insolvenzgerichts 282
b) Die Vorlage von Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis 282
aa) Die Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters 282
bb) Die Anforderungen an die Schlussrechnung und den Schlussbericht 282
cc) Die Vorlage des Schlussverzeichnisses 283
c) Das Prüfungsrecht und die Prüfungspflicht des Insolvenzgerichts 283
aa) Der Umfang der gerichtlichen Prüfung 283
bb) Die Genehmigung der Schlussverteilung und die Anberaumung des Schlusstermins 284
d) Der Schlusstermin nach § 197 InsO 284
aa) Die Erörterung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters nach § 197 Abs. 1 Nr. 1 InsO 285
bb) Die Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis nach § 197 Abs. 1 Nr. 2 InsO 285
cc) Die Beschlussfassung über nicht verwertbare Gegenstände nach § 197 Abs. 1 Nr. 3 InsO 285
dd) Die Erörterung weiterer Tagesordnungspunkte 286
e) Die Vornahme der Schlussverteilung durch den Insolvenzverwalter 286
f) Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 200 InsO 286
4. Die Nachtragsverteilung nach § 203 InsO 287
a) Die Voraussetzungen der Nachtragsverteilung nach § 203 Abs. 1 InsO 287
b) Die Anordnung der Nachtragsverteilung durch das Insolvenzgericht 289
c) Der Vollzug der Nachtragsverteilung durch den Insolvenzverwalter nach § 205 InsO 290
5. Die Einstellung des Insolvenzverfahrens aus sonstigen Gründen . . . 290
a) Die Arten der Verfahrenseinstellung im Überblick 290
b) Die Einstellung wegen Masselosigkeit nach § 207 InsO 290
aa) Die Einstellung wegen Masselosigkeit als Gegenstück zur Abweisung mangels Masse 290
bb) Die Durchführung der Einstellung des Verfahrens 291
c) Die Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit nach §§ 208 ff. InsO 292
aa) Der Begriff der Masseunzulänglichkeit 292
bb) Die Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Insolvenzverwalter 292
cc) Die Wirkung der Masseunzulänglichkeit gegenüber den Massegläubigern 293
dd) Die Rangfolge der Masseverbindlichkeiten nach § 209 InsO 294
ee) Die Einstellung des Verfahrens nach §§ 211 ff. InsO 295
d) Die Einstellung bei Wegfall des Eröffnungsgrundes nach § 212 InsO 295
e) Die Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger nach § 213 InsO 296

3. Teil. Das so genannte materielle Insolvenzrecht 297

5. Kapitel. Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung 297
I. Der Entzug der Verfügungsbefugnis nach § 80 InsO 297
1. Die Verfügungsentziehung als Folge der Insolvenzeröffnung 297
2. Der Begriff der Verfügungsbefugnis 297
a) Die Systematik der Verfügungsbeeinträchtigungen 297

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

b) Der Eintritt der Verfügungsentziehung mit Insolvenzeröffnung 299
3. Die Übertragung der Verfügungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter 300
4. Die Unwirksamkeit anderer Verfügungsverbote nach § 80 Abs. 2 InsO 300
a) Die Arten von Veräußerungsverboten 300
b) Die Wirksamkeit der Zwangsvollstreckung 301
II. Die absolute Unwirksamkeit von Verfügungen des Schuldners nach Insolvenzeröffnung 301
1. Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit als Folge der Verfügungsentziehung 301
2. Die Verfügung des Schuldners nach Insolvenzeröffnung 302
a) Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit nach § 81 Abs. 1 S. 1 InsO 302
b) Die Verfügungen über insolvenzfreies Vermögen 304
c) Die Verfügungen eines Vertreters 304
3. Die Verfügung über künftige Dienstbezüge nach § 81 Abs. 2 InsO . . 305
4. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter 305
a) Die Geltendmachung des dinglichen Anspruchs 305
b) Die Abwicklung der unwirksamen Verfügung im Ganzen 306
5. Die Unwirksamkeit sonstigen Rechtserwerbs nach § 91 Abs. 1 InsO 307
a) Der sonstige Tatbestand zum Rechtserwerb im Sinne des § 91 Abs. 1 InsO 307
b) Der sonstige Tatbestand im Bereich des Fahrniserwerbs 307
aa) Die Übereignung, Verpfändung und Abtretung von Gegenständen und Rechten der Insolvenzmasse 307
bb) Der aufschiebend bedingte Rechtserwerb 309
cc) Der Eigentumserwerb kraft gesetzlichen Tatbestandes 310
c) Die Unwirksamkeit von Verfügungen über Immobiliarvermögen 310
aa) Die Übertragung des Eigentums am Grundstück 310
bb) Die Bestellung eines beschränkten dinglichen Rechts 311
cc) Die Bestellung einer Vormerkung 311
dd) Die Bestellung und Übertragung von Grundpfandrechten . . 314
III. Die Wirksamkeit der Verfügung des Schuldners 316
1. Überblick zur Wirksamkeit einer unwirksamen Verfügung des Schuldners 316
2. Die Zustimmung des Insolvenzverwalters nach § 185 BGB 317
3. Die Anwendung des § 878 BGB beim Rechtserwerb nach § 91 InsO 318
a) Die allgemeinen Voraussetzungen des § 878 BGB 318
b) Der wirksame Erwerb des Eigentums am Grundstück 320
c) Der wirksame Erwerb der Vormerkung 321
d) Der wirksame Erwerb von Grundpfandrechten 322
4. Die Wirksamkeit durch gutgläubigen Erwerb 322
a) Der gutgläubige Erwerb nach § 892 Abs. 1 S. 2 BGB 322
aa) Der gutgläubige Erwerb des Eigentums am Grundstück 325
bb) Der gutgläubige Erwerb der Vormerkung 328
cc) Der gutgläubige Erwerb von Grundstücksrechten 329
b) Kein gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen 330
5. Die Anfechtbarkeit des Rechtserwerbs durch den Insolvenzverwalter 331

6. Kapitel. Die Leistungserfüllung nach Insolvenzeröffnung 335
I. Die Leistungserfüllung an den Schuldner 335
1. Der offene Arrest nach § 28 Abs. 3 InsO 335
2. Die Wirksamkeit der Leistung nach § 82 InsO 336
a) Die Leistung zur Insolvenzmasse 336

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

b) Die Leistung an den Schuldner selbst 336
aa) Die Leistung ohne Kenntnis der Insolvenzeröffnung 336
bb) Die Beweislastregel des § 82 S. 2 InsO 337
cc) Die Kenntnis des Drittschuldners bei Vornahme der Leistungshandlung 338
c) Die Geltung des § 82 InsO im bargeldlosen Zahlungsverkehr . . . 339
aa) Die Insolvenz des Leistungsempfängers 339
bb) Die Insolvenz des Leistenden 341
3. Die Folgen unwirksamer Leistung 343
II. Die Leistung auf ein im Grundbuch eingetragenes Recht 345
1. Die Unterscheidung der Leistungsarten 345
a) Die Leistung auf ein Grundpfandrecht 345
b) Die Leistung auf eine Reallast 346
2. Die Anwendung der Gutglaubensvorschrift des § 892 BGB 346

7. Kapitel. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse 349
I. Die Prozessunterbrechung nach § 240 ZPO 349
1. Allgemeiner Überblick zu den Regelungen der §§ 85 ff. InsO 349
2. Die von der Unterbrechung betroffenen Verfahrensarten 350
a) Zivilprozessuale Verfahren 350
b) Verwaltungsverfahren und Steuerfestsetzungsverfahren 351
3. Der Eintritt der Unterbrechungswirkung 351
a) Die Unterbrechung mit Verfahrenseröffnung 351
b) Die Rechtshängigkeit des Verfahrens 352
c) Die Unterbrechung bei Streitgenossenschaft 352
aa) Die Unterbrechung bei notwendiger und einfacher Streitgenossenschaft 352
bb) Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts 352
4. Die Wirkung der Unterbrechung 353
a) Die Fristunterbrechung nach § 249 ZPO 353
b) Die Unwirksamkeit von Prozesshandlungen 353
c) Die Verkündung gerichtlicher Entscheidungen 353
II. Die Aufnahme eines Aktivprozesses nach § 85 InsO 354
1. Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter 354
a) Der Begriff des Aktivprozesses 354
b) Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter 354
c) Die Form der Aufnahme 355
d) Die Kosten des Rechtsstreits 355
2. Die Freigabe der streitbefangenen Sache nach § 85 Abs. 2 InsO 356
a) Die Ablehnung der Aufnahme durch den Insolvenzverwalter . . . 356
b) Freigabe der streitbefangenen Sache 356
III. Die Aufnahme eines Passivprozesses nach § 86 InsO 357
1. Die Ansprüche auf Aus-, Absonderung und Masseansprüche 357
a) Der Begriff des Passivprozesses 357
b) Aussonderung, Absonderung, Masseansprüche 357
2. Die Aufnahme durch Verwalter oder den anderen Teil 357
3. Die Kostenregelung bei sofortigem Anerkenntnis 357
IV. Der Prozess wegen einer Insolvenzforderung nach § 87 InsO 358
1. Keine Prozessaufnahme 358
2. Anmeldung der Forderung zur Tabelle 358
V. Exkurs: Die Prozessführung durch den Insolvenzverwalter 359
1. Praktische Fragen der Prozessführung 359
2. Die Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter 360
a) Die Anwendung des § 116 S. 1 Nr. 1 ZPO 360
b) Die sachlichen Voraussetzungen zur Gewährung von Prozesskostenhilfe 360

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

aa) Die Haftung der Insolvenzmasse 360
bb) Die Einstandspflicht der Gläubiger als wirtschaftlich Beteiligte 360

8. Kapitel. Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung 363
I. Die Systematik der vollstreckungshindernden Regelungen 363
1. Der Zweck der vollstreckungshindernden Regelungen 363
2. Die insolvenzrechtlichen Regelungen im Vergleich zu Konkurs und Gesamtvollstreckung 363
II. Die zeitliche Einordnung der vollstreckungshindernden Regelungen . . . 364
1. Die Anfechtbarkeit von Vollstreckungsmaßnahmen 364
2. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung im Insolvenzeröffnungsverfahren 365
3. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung 365
4. Das Verbot der Zwangsvollstreckung im eröffneten Insolvenzverfahren 365
5. Die Zwangsvollstreckung nach Verfahrensbeendigung 365
6. Die Zwangsvollstreckung im Restschuldbefreiungsverfahren 366
III. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung 368
1. Die Voraussetzungen der Rückschlagsperre nach § 88 InsO 368
a) Die von der Rückschlagsperre betroffenen Gläubiger 368
aa) Die Insolvenzgläubiger und absonderungsberechtigten Gläubiger 368
bb) Die Massegläubiger nach § 55 InsO 369
b) Der zeitliche Umfang der Rückschlagsperre 370
aa) Die Monatsfrist im Regelinsolvenzverfahren 370
bb) Die Dreimonatsfrist im Verbraucherinsolvenzverfahren 370
c) Die Sicherung des Gläubigers durch Zwangsvollstreckung 371
aa) Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen 371
bb) Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen 373
2. Die Wirkungen der Rückschlagsperre 374
a) Der Wegfall des Pfändungspfandrechts 374
b) Die Unzulässigkeit von Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung 375
c) Die Unwirksamkeit der Sicherungshypothek 375
d) Die Unwirksamkeit bei Arrestvollziehung und einstweiliger Verfügung 378
3. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter 379
4. Die Befriedigung des Gläubigers während des maßgeblichen Zeitraums 381
5. Das Wiederaufleben der Zwangsvollstreckung nach Beendigung des Insolvenzverfahrens 382
IV. Das Vollstreckungsverbot im eröffneten Insolvenzverfahren 385
1. Das Wirksamwerden des Vollstreckungsverbots mit Insolvenzeröffnung 385
2. Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger 385
a) Die Insolvenzgläubiger 385
b) Die absonderungsberechtigten Gläubiger 385
c) Die Aussonderungsberechtigten 386
d) Die Massegläubiger 386
e) Die Neugläubiger des Schuldners 387
3. Das durch das Vollstreckungsverbot geschützte Vermögen 387

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

a) Die Insolvenzmasse und das insolvenzfreie Vermögen 387
b) Das ausländische Vermögen des Schuldners 388
4. Die vom Vollstreckungsverbot erfassten Vollstreckungsmaßnahmen 389
a) Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen 389
aa) Die einzelnen Vollstreckungsmaßnahmen 389
bb) Die Heilung fehlerhafter Vollstreckungsakte 390
cc) Die Zulässigkeit vorbereitender Handlungen der Zwangsvollstreckung 390
b) Die Eintragung einer Sicherungshypothek in das Grundbuch . . . 391
c) Die Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung 392
d) Die Zwangsvollstreckung wegen besonderer Ansprüche 393
5. Der statthafte Rechtsbehelf gegen Vollstreckungsmaßnahmen 393
a) Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO 393
b) Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts 393
V. Das Arbeitseinkommen des Schuldners 394
1. Der pfändbare Teil des Arbeitseinkommens als Teil der Insolvenzmasse 394
2. Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Insolvenzgläubiger 395
a) Die Zulässigkeit der Pfändung vor Insolvenzeröffnung 395
b) Die Unwirksamkeit der Pfändung nach § 91 Abs. 1 InsO 396
c) Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Unterhaltsgläubiger 396
3. Die Pfändung des künftigen Arbeitseinkommens 398
a) Das Verbot der Zwangsvollstreckung nach § 89 Abs. 2 InsO 398
b) Die Pfändung durch einen Unterhaltsgläubiger 398
VI. Die Besonderheiten der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung 402
1. Die Zwangsversteigerung auf Antrag eines Gläubigers 402
2. Die Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens 403
a) Die Voraussetzungen der Einstellung nach § 30d ZVG 403
b) Das Verfahren der Einstellung auf Antrag des Insolvenzverwalters 403
c) Die Zinszahlungspflicht des Insolvenzverwalters nach § 30e ZVG 404
d) Die Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens im Restrukturierungsverfahren 405
3. Die Zwangsversteigerung auf Antrag des Insolvenzverwalters 406
a) Die Besonderheiten der Insolvenzversteigerung nach § 172 ZVG 406
b) Der Antrag des dinglich Berechtigten nach § 174 ZVG 406
c) Der Antrag des Insolvenzverwalters nach § 174a ZVG 407
4. Die Zwangsverwaltung im Insolvenzverfahren 408

9. Kapitel. Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung 409
I. Der Grundsatz der Erhaltung der Aufrechnungslage nach § 94 InsO . . . 409
1. Die Systematik der Aufrechnung im Insolvenzverfahren 409
a) Der persönliche Anwendungsbereich der §§ 94 ff. InsO 409
b) Die Prüfungsreihenfolge zur Aufrechnung 410
2. Die Voraussetzungen der Aufrechnung nach §§ 387 ff. BGB 411
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Aufrechnung 411
b) Die Besonderheiten in der Insolvenz der Personengesellschaft . . . 411
3. Die Wirkungen wirksam erklärter Aufrechnung 413
II. Der spätere Eintritt der Aufrechnungslage nach § 95 InsO 413
1. Die Aufrechnung betagter und bedingter Forderungen 413
2. Die Verschärfung der Aufrechnung nach § 95 Abs. 1 S. 3 InsO 414
3. Die Aufrechnung bei unterschiedlichen Währungseinheiten 415

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

III. Die Unzulässigkeit der Aufrechnung nach § 96 InsO 415
1. Die Fälle unzulässiger Aufrechnung 416
a) Die Unzulässigkeit der Aufrechnung gegen Masseansprüche . . 416
b) Die künstlich hergestellte Aufrechnungslage 416
aa) Das Verbot des Forderungshandels zu Lasten der Insolvenzmasse 416
bb) Der Rückerwerb abgetretener Forderungen 417
c) Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage 418
aa) Der anfechtbare Forderungserwerb kraft Verfügungsgeschäft 418
bb) Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage kraft Rechtsgeschäft 420
d) Die Unzulässigkeit der Aufrechnung des Neugläubigers 421
e) Die Zulässigkeit der Aufrechnung im internationalen Zahlungsraum 421
IV. Die Anfechtbarkeit einer Aufrechnung vor Insolvenzeröffnung 424
V. Die Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Forderungen 424
1. Die Aufrechnung von Steuerforderungen 424
2. Die Verrechnung von Sozialleistungsansprüchen 425

10. Kapitel. Die Abwicklung nicht erfüllter oder laufender Vertragsverhältnisse 427
I. Die Problemstellungen für die Beteiligten in der Insolvenz 427
1. Die Gliederungssystematik der gesetzlichen Regelungen 427
2. Die typischen Interessenlagen der Vertragsparteien 428
a) Die Abwicklung nicht erfüllter gegenseitiger Verträge 428
b) Die Erfüllung vormerkungsgesicherter Ansprüche 429
c) Die Besonderheiten beim Kauf unter Eigentumsvorbehalt 429
d) Die Abwicklung von Dauerschuldverhältnissen 429
II. Die Abwicklung gegenseitiger Verträge nach §§ 103 ff. InsO 430
1. Der Begriff des gegenseitigen Vertrages 430
a) Der gegenseitige Vertrag im Sinne des § 320 BGB 430
b) Die Erfassung gesetzlicher Schuldverhältnisse mit Gegenseitigkeitscharakter 432
c) Die Unanwendbarkeit der §§ 103 ff. InsO 433
aa) Die Zugehörigkeit des Leistungsgegenstandes zur Insolvenzmasse 433
bb) Der Gesellschaftsvertrag 433
cc) Die banktypischen Vertragsverhältnisse 434
dd) Die einseitig oder unvollkommen zweiseitig verpflichtenden Verträge 434
2. Der Stand der Erfüllung bei Insolvenzeröffnung 434
a) Der Begriff der vollständigen Leistungserfüllung 434
aa) Die Erfüllung von Haupt- und Nebenleistungspflichten . . 436
bb) Die nicht vollständige Leistungserfüllung bei mangelhafter Leistung 438
b) Der Vertrag ist von einer Seite vollständig erfüllt 439
aa) Die vollständige Leistung durch den Schuldner 439
bb) Die vollständige Leistung durch den Vertragspartner 439
c) Der Vertrag ist von keiner Seite vollständig erfüllt 440
3. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf die Leistungsansprüche 440
a) Die Entwicklung einer Dogmatik zu § 103 InsO 440
b) Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 443
aa) Die so genannte „Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 106, 236 443
bb) Die Differenzierung bei teilbarer Leistungserfüllung nach BGHZ 129, 336 444

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

cc) Die „modifizierte Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 150, 353 445
c) Die Wirkung der Insolvenzeröffnung gegenüber den Ansprüchen des Vertragspartners 446
4. Die endgültige Nichterfüllung durch den Insolvenzverwalter 447
a) Die deklaratorische Wahl der Nichterfüllung 447
aa) Die Aufforderung des Vertragspartners nach § 103 Abs. 2 S. 2 InsO 448
bb) Der Schadensersatzanspruch nach § 103 Abs. 2 S. 1 InsO . . 449
b) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenzeröffnung 450
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner 450
bb) Die teilweise Leistung durch den Schuldner 451
5. Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters auf Erfüllung nach § 103 Abs. 1 InsO 452
a) Die konstitutive Wahl der Erfüllung 452
b) Die Wirkungen der Erfüllungswahl 453
aa) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Vertragspartners als Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 2 InsO 453
bb) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Insolvenzverwalters 453
c) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenzeröffnung 454
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner 454
bb) Die Besonderheiten bei mangelhafter Leistung des Vertragspartners 454
cc) Die teilweise Leistung durch den Schuldner 455
dd) Die Vertragserfüllung bei beiderseits teilweiser Leistung . . 455
6. Die Abwicklung besonderer Vertragsverhältnisse 460
a) Die Abwicklung von Warentermin- und Finanztermingeschäften nach § 104 InsO 460
b) Die Abwicklung von Wiederkehrschuldverhältnissen und insbesondere von Energielieferungsverträgen 460
III. Die Durchsetzung vormerkungsgesicherter Ansprüche nach § 106 InsO 461
1. Der Zweck der Vormerkung nach § 883 BGB 461
a) Das Sicherungsbedürfnis des künftigen Rechtsinhabers 461
b) Der vormerkbare Anspruch nach § 883 Abs. 1 BGB 462
c) Die Eintragung der Vormerkung nach § 885 BGB 463
2. Der Anspruch des Vormerkungsberechtigten auf Erfüllung 463
a) Die Voraussetzungen des § 106 InsO 463
aa) Die Wirksamkeit der Vormerkungsbestellung 463
bb) Die mögliche Anfechtbarkeit der Vormerkung 465
cc) Kein Erfordernis eines gegenseitigen Vertrages 465
b) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Anspruchserfüllung und zur Vertragserfüllung 466
3. Die Besonderheiten beim Bauträgervertrag 467
a) Der Bauträgervertrag als besonderer Vertrag 467
b) Die Vertragserfüllung nach § 106 Abs. 1 S. 2 InsO 468
c) Die Ansprüche des Vertragspartners 468
IV. Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt 469
1. Die dogmatische Einordnung des Eigentumsvorbehalts in § 103 InsO 469
a) Die Wesensmerkmale des Eigentumsvorbehalts 469
b) Der Eigentumsvorbehalt als nicht erfüllter Vertrag 470
2. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Käufers 470
a) Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 Abs. 1 und § 107 Abs. 2 InsO 470

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

b) Der Schadensersatzanspruch des Verkäufers nach § 103 Abs. 2 S. 1 InsO 471
c) Das Recht des Verkäufers auf Aussonderung der Ware nach § 47 InsO 471
3. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Verkäufers nach § 107 Abs. 1 InsO 471
4. Die Sonderformen des Eigentumsvorbehalts in der Insolvenz 472
a) Die praktische Bedeutung von Erweiterungen des Eigentumsvorbehalts 472
b) Der erweiterte Eigentumsvorbehalt 473
c) Der weitergeleitete Eigentumsvorbehalt mit Abtretung des Anwartschaftsrechts 474
d) Der nachgeschaltete Eigentumsvorbehalt 474
e) Der Eigentumsvorbehalt mit Verarbeitungsklausel 475
f) Der verlängerte Eigentumsvorbehalt 475
g) Die Verbindung verschiedener Eigentumsvorbehaltsformen . . . 476
V. Die Abwicklung von Miet- und Pachtverhältnissen nach §§ 108 ff. InsO 477
1. Das Fortbestehen von Dauerschuldverhältnissen 477
a) Die von § 108 InsO erfassten Rechtsverhältnisse 477
b) Das Fortbestehen nach § 108 InsO 478
c) Die Regelungssystematik der §§ 109 ff. InsO 478
aa) Die Unterscheidung nach Insolvenz des Mieters oder des Vermieters 478
bb) Die Unterscheidung nach dem Zeitpunkt der Gebrauchsüberlassung 479
cc) Die Regelungssystematik im Überblick 479
2. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Mieters nach § 109 InsO . . 479
a) Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter 479
aa) Das Rücktrittsrecht des Insolvenzverwalters oder des Vermieters 479
bb) Der Schadensersatzanspruch des Vermieters nach § 109 Abs. 2 S. 2 InsO 480
cc) Das taktische Verhalten des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 2 S. 3 InsO 481
dd) Die Vollziehung des Miet- oder Pachtverhältnisses 481
b) Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter 481
aa) Das besondere Kündigungsrecht des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 1 InsO 481
bb) Die Ansprüche des Vermieters nach Kündigung durch den Insolvenzverwalter 482
cc) Die Kündigung durch den Vermieter 483
c) Die besondere Erklärung des Insolvenzverwalters bei Wohnraummiete 484
aa) Die Problemstellung für den Insolvenzverwalter und den Schuldner 484
bb) Die Erklärung nach § 109 Abs. 1 S. 2 InsO 484
d) Die Ansprüche des Vermieters bei Vertragserfüllung 485
3. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Vermieters 486
a) Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter 486
b) Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter 486
aa) Die Fortdauer des Vertragsverhältnisses ohne Sonderkündigungsrecht 486
bb) Die Vorausverfügungen über die Miete nach § 110 Abs. 1 InsO 487

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

cc) Die Aufrechnungsbefugnis des Mieters nach § 110 Abs. 3 InsO 487
dd) Die Rechte des Mieters nach Beendigung des Mietverhältnisses 488
c) Das Sonderkündigungsrecht des Erwerbers bei Veräußerung nach § 111 InsO 489
4. Die Abwicklung von Leasingverträgen im Insolvenzverfahren . . . 492
a) Die Nichterfüllung des Leasingvertrages nach § 103 InsO 492
b) Das Fortbestehen des refinanzierten Leasingkaufs nach § 108 Abs. 1 S. 2 InsO 492
VI. Dienst-, Arbeits- und Geschäftsbesorgungsverhältnisse im Insolvenzverfahren 493
1. Die Bedeutung des Arbeitsrechts im Insolvenzverfahren 493
2. Die Regelungen der §§ 113 ff. InsO im Überblick 493
3. Der Bestand des Arbeitsverhältnisses vor Insolvenzeröffnung 494
a) Die systematische Einordnung von Lohn- und Gehaltsforderungen 494
b) Der Anspruchsübergang bei Leistung von Insolvenzgeld 495
4. Die Kündigung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen nach § 113 S. 1 InsO 497
a) Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses 497
aa) Das Kündigungsrecht beider Teile 497
bb) Die Kündigungsfrist des § 113 S. 2 InsO 497
cc) Die Lohn- und Gehaltsforderungen als Masseverbindlichkeiten 498
dd) Der Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers 500
b) Die sachlichen Voraussetzungen wirksamer Kündigung durch den Insolvenzverwalter 500
aa) Das Vorliegen der individual-arbeitsrechtlichen Voraussetzungen 500
bb) Der Kündigungsschutz bei Massenentlassungen 500
cc) Das Beschlussverfahren zu Betriebsänderungen 501
c) Die Vornahme von Entlassungen bei Betriebsübergang und § 613a BGB 501
5. Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen und Vornahme von Betriebsänderungen nach §§ 120 ff. InsO 502
a) Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen durch den Insolvenzverwalter 502
b) Der Anspruch auf Zustimmung zu Betriebsänderungen 502
6. Der Sozialplan im Insolvenzverfahren nach § 123 InsO 502
a) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Erstellung eines Sozialplans 502
b) Der Sozialplan vor Insolvenzeröffnung 503
c) Die Erstellung eines Sozialplans nach Insolvenzeröffnung 503
7. Das Erlöschen von Auftrags- und Geschäftsbesorgungsverhältnissen nach §§ 115 ff. InsO 504
a) Die Regelungssystematik der §§ 115 bis 117 InsO 504
b) Die von § 115 InsO erfassten Rechtsverhältnisse 504
aa) Der Auftrag nach §§ 662 ff. BGB 504
bb) Die Geschäftsbesorgung nach § 675 BGB 505
cc) Der Kontovertrag als Sonderfall des § 116 S. 3 InsO 505
dd) Die Vollmachtserteilung nach §§ 164 ff. BGB 506
ee) Die Prokura nach §§ 48 ff. HGB 506
c) Die Folgen der Insolvenzeröffnung 506

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

aa) Das Erlöschen der Rechtsverhältnisse mit Insolvenzeröffnung 506
bb) Das Schicksal von Aufwendungsersatz- und Vergütungsansprüchen 507
d) Das Fortbestehen bei Notgeschäftsführung 507
e) Der Schutz des gutgläubigen Auftragnehmers oder Bevollmächtigten 507

11. Kapitel. Die Insolvenzanfechtung 509
I. Der Zweck der Insolvenzanfechtung 509
1. Die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Vorfeld der Insolvenz 509
a) Die Rückgängigmachung eines sachlich nicht gerechtfertigten Vermögenserwerbs 509
b) Die actio Pauliana des römischen Rechts als Urbild der Insolvenzanfechtung 510
c) Die Anfechtung in Konkurs und Gesamtvollstreckung 510
d) Die Neuregelung des Anfechtungsrechts durch die Insolvenzordnung 511
2. Die Insolvenzanfechtung im Vergleich zur Gläubigeranfechtung . . 512
3. Die Prüfung eines Anfechtungstatbestandes 512
II. Die Geltendmachung einer Insolvenzanfechtung durch den Insolvenzverwalter 514
1. Der Anfechtungsanspruch nach § 143 InsO 514
a) Der Anspruch auf Rückgewähr als schuldrechtlicher Verschaffungsanspruch 514
aa) Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verfügungsgeschäfts 514
bb) Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verpflichtungsgeschäfts 515
b) Die ergänzende Anwendung bereicherungsrechtlicher Regelungen 515
2. Der Streit um die Rechtsnatur des Anfechtungsanspruchs 516
a) Die Theorien zum Anfechtungsanspruch 516
b) Der Zeitpunkt des Entstehens des Anfechtungsanspruchs und sein Erlöschen 518
3. Die Geltendmachung des Anfechtungsanspruchs 520
a) Die Leistungsaufforderung des Insolvenzverwalters 520
b) Die Erhebung der Anfechtungsklage 520
c) Die Anfechtung gegen den Rechtsnachfolger des Anfechtungsgegners nach § 145 InsO 521
d) Die Verjährung des Anfechtungsanspruchs nach § 146 InsO . . . 522
4. Die Folgen der Anfechtung für den Anfechtungsgegner 523
a) Das Wiederaufleben seines Anspruchs als Insolvenzforderung nach § 144 Abs. 1 InsO 523
b) Die Rückerstattung der Gegenleistung nach § 144 Abs. 2 InsO bei Anfechtung von Verpflichtungsgeschäften des Schuldners . . 524
III. Die allgemeinen Anfechtungsvoraussetzungen 525
1. Die anfechtbare Rechtshandlung nach § 129 InsO 525
a) Der Begriff der Rechtshandlung 525
aa) Die Rechtshandlung des Schuldners 525
bb) Die Rechtshandlung eines Gläubigers gegen den Schuldner 529
cc) Die Zwangsvollstreckungsmaßnahme als anfechtbare Rechtshandlung nach § 141 InsO 529
dd) Das Unterlassen als Rechtshandlung nach § 129 Abs. 2 InsO 530

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

b) Der für die Beendigung der Rechtshandlung maßgebliche Zeitpunkt 530
aa) Die Grundnorm des § 140 Abs. 1 InsO 531
bb) Der maßgebliche Zeitpunkt bei Grundstücksgeschäften nach § 140 Abs. 2 InsO 532
cc) Der maßgebliche Zeitpunkt bei bedingten Rechtshandlungen nach § 140 Abs. 3 InsO 536
dd) Die Beendigung einer Rechtshandlung nach Insolvenzeröffnung nach § 147 InsO 537
2. Die Gläubigerbenachteiligung 538
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Gläubigerbenachteiligung 538
aa) Die Gläubigerbenachteiligung als kausale Folge der Rechtshandlung 538
bb) Die Unterscheidung zwischen mittelbarer und unmittelbarer Gläubigerbenachteiligung 540
b) Das Bargeschäft nach § 142 InsO 541
aa) Die Voraussetzungen des anfechtungsfesten Bargeschäfts . . 541
bb) Die Anfechtbarkeit wegen Benachteiligungsvorsatz und unlauterem Handeln 543
c) Leistungen im Drei-Personen-Verhältnis 543
IV. Die einzelnen Anfechtungstatbestände 545
1. Die Anfechtung von Verfügungsgeschäften wegen kongruenter oder inkongruenter Deckung nach §§ 130 oder 131 InsO 545
a) Die allgemeine Unterscheidung zwischen kongruenter und inkongruenter Deckung 545
aa) Die den Deckungsgeschäften gemeinsamen Tatbestandsmerkmale 546
bb) Die Abgrenzung kongruenter von inkongruenter Deckung 546
b) Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 130 Abs. 1 InsO 550
aa) Die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners und die Kenntnis des Gläubigers 550
bb) Die Kenntnis des Gläubigers vom Insolvenzantrag 551
c) Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 131 Abs. 1 InsO 551
d) Die konkrete Berechnung des für die Rechtshandlung maßgeblichen Zeitraums nach § 139 InsO 552
e) Die Beweislastregeln und die Beweislastumkehr bei nahestehenden Personen 554
aa) Die Beweiserleichterung bei Kenntnis von Umständen der Zahlungsunfähigkeit 554
bb) Die Beweislastumkehr bei nahestehenden Personen nach § 138 InsO 555
2. Die Anfechtung von unmittelbar benachteiligenden Rechtsgeschäften nach § 132 InsO 556
3. Die Vorsatzanfechtung nach § 133 InsO 557
a) Rechtsentwicklung und Fallgruppen der Vorsatzanfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO 557
b) Die Tatbestandsvoraussetzungen der Vorsatzanfechtung 559
aa) Die Rechtshandlung des Schuldners 559
bb) Der Benachteiligungsvorsatz des Schuldners 560
cc) Die Kenntnis vom Benachteiligungsvorsatz 562
dd) Die Besonderheiten der Vorsatzanfechtung gegenüber nahestehenden Personen 564
4. Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen nach § 134 InsO 565

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

5. Die Anfechtung von Gesellschafterleistungen nach § 135 InsO ... 568
a) Das Gesellschafterdarlehen im Insolvenzverfahren ... 568
b) Die Anfechtung der Besicherung nach § 135 Nr. 1 InsO ... 570
c) Die Anfechtung der Rückzahlung nach § 135 Nr. 2 InsO ... 570
V. Typische Fallgruppen einer Insolvenzanfechtung ... 575
1. Der Abschluss von Zahlungsvereinbarungen mit dem Schuldner ... 575
2. Die Zahlung des Schuldners zur Abwendung der Zwangsvollstreckung oder eines Insolvenzantrags ... 577
a) Die Zahlung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung nach BGHZ 155, 75 ... 577
b) Die Zahlung zur Abwendung eines Insolvenzantrags nach BGHZ 157, 242 ... 579
3. Die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner ... 580
a) Die Zwangsvollstreckung als inkongruente Deckung ... 580
b) Die Anfechtung der Pfändung auch nach bereits erfolgter Verwertung ... 582
4. Leistungen auf Grund eines angenommenen Sanierungskonzeptes 583
5. Die Insolvenzanfechtung im Grundstücksverkehr ... 584
a) Die Anfechtung bei Grundstücksveräußerung ... 584
aa) Der Aufbau einer anfechtungsrechtlichen Prüfung ... 584
bb) Die Anfechtung des Eigentumserwerbs unter Berücksichtigung des § 140 Abs. 2 InsO ... 584
cc) Die Anfechtbarkeit der Vormerkungsbestellung ... 585
dd) Die Anfechtbarkeit des schuldrechtlichen Grundgeschäfts und § 144 Abs. 2 InsO ... 585
b) Die Anfechtung der Bestellung von Grundpfandrechten ... 587
aa) Die Anfechtung rechtsgeschäftlich bestellter Grundpfandrechte ... 587
bb) Die Anfechtung von Vormerkung und Sicherungshypothek im Wege der Zwangsvollstreckung ... 588
c) Die Anfechtung der Einbeziehung ungesicherter Forderungen in eine offene Sicherheit ... 589

4. Teil. Die besonderen Verfahrensarten ... 591

12. Kapitel. Das Insolvenzplanverfahren ... 591
I. Die Ziele des Insolvenzplanverfahrens ... 591
1. Die Überlegungen des Gesetzgebers zum Insolvenzplanverfahren 591
2. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Insolvenzplan ... 593
a) Die Liquidation des schuldnerischen Unternehmens ... 593
b) Die Sanierung des Unternehmens ... 594
aa) Die übertragende Sanierung des Unternehmens ... 595
bb) Die Sanierung des Unternehmens und des Unternehmensträgers ... 596
3. Die Stellung des Insolvenzplans innerhalb des Insolvenzverfahrens 600
II. Der Aufbau eines Insolvenzplans ... 601
1. Die Gliederung des Insolvenzplans nach §§ 219 ff. InsO ... 601
2. Der Inhalt des darstellenden Teils nach § 220 InsO ... 602
a) Der Bericht zu den Ursachen der Insolvenz und den weiteren Maßnahmen ... 602
b) Die Darstellung des Ziels des Insolvenzplans ... 602
c) Die Vergleichsrechnung ... 603
d) Der beispielhafte Aufbau des darstellenden Teils ... 604
3. Die Bildung von Gläubigergruppen als zentrales Instrument des Insolvenzplans ... 606

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

a) Die obligatorische Gruppenbildung nach § 222 Abs. 1 InsO . . . 606
b) Die fakultative Gruppenbildung nach § 222 Abs. 2 InsO 607
4. Der Inhalt des gestaltenden Teils nach §§ 221 ff. InsO 610
a) Die Änderung der Rechtsstellung der Beteiligten 610
b) Die Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse nach § 228 InsO 612
aa) Die Bestellung und Freigabe von Mobiliarsicherheiten 612
bb) Die Abgabe grundstücks- und grundbuchrechtlicher Erklärungen 613
cc) Die Abgabe gesellschaftsvertraglicher Erklärungen 614
5. Weitere Festlegungen des Insolvenzplans 615
a) Die Überwachung der Planerfüllung durch den Insolvenzverwalter 615
b) Die Festlegung eines Kreditrahmens nach § 264 InsO 615
6. Die notwendigen Anlagen zum Insolvenzplan 617
a) Die Vermögensübersicht nach § 229 InsO 617
b) Die Erklärungen bei Unternehmensfortführung nach § 230 InsO 617
III. Das Insolvenzplanverfahren 618
1. Die Einbringung des Insolvenzplans 618
a) Das Recht zur Planinitiative nach § 218 InsO 618
aa) Das Planinitiativrecht des Schuldners 618
bb) Das originäre Planinitiativrecht des Insolvenzverwalters . . 619
b) Der Insolvenzplan bei Masseunzulänglichkeit 620
2. Das Verfahren bis zum Erörterungs- und Abstimmungstermin . . . 620
a) Die Vorprüfung durch das Insolvenzgericht nach § 231 InsO . . 620
b) Die Einbeziehung der Beteiligten nach §§ 232 ff. InsO 622
c) Die Bestimmung des Erörterungs- und Abstimmungstermins nach § 235 InsO 622
3. Die Abstimmung der Gläubiger über den Insolvenzplan 623
a) Der Erörterungs- und Abstimmungstermin nach § 235 InsO . . 623
b) Die Abstimmung über den Insolvenzplan 624
c) Die zur Planannahme erforderlichen Mehrheiten nach § 244 InsO 626
4. Das Obstruktionsverbot des § 245 InsO 628
a) Der Zweck des Obstruktionsverbots 628
b) Die Voraussetzungen der Zustimmungsfiktion nach § 245 Abs. 1 InsO 628
aa) Das Verbot der Schlechterstellung nach § 245 Abs. 1 Nr. 1 InsO 629
bb) Die angemessene Beteiligung nach § 245 Abs. 1 Nr. 2 InsO 630
cc) Das Mehrheitserfordernis des § 245 Abs. 1 Nr. 3 InsO 632
5. Die Zustimmung nachrangiger Gläubiger nach § 246 InsO 634
6. Die Zustimmung des Schuldners nach § 247 InsO 634
7. Die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans nach §§ 248 ff. InsO 635
a) Der Prüfungsumfang des Insolvenzgerichts 635
b) Die Prüfung von Verfahrensverstößen nach § 250 InsO 636
c) Der Minderheitenschutz nach § 251 InsO 636
d) Die Bekanntgabe der Entscheidung nach § 252 InsO 637
8. Die Wirkungen des bestätigten Insolvenzplans nach §§ 254 ff. InsO 638
a) Die allgemeinen Wirkungen nach § 254 InsO 638
b) Das Wiederaufleben von Forderungen nach § 255 InsO 638
c) Die Berücksichtigung bestrittener Forderungen nach § 256 InsO 639
d) Die Vollstreckung aus dem Insolvenzplan nach § 257 InsO 639
9. Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 258 InsO 640

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

13. Kapitel. Das Verfahren der Eigenverwaltung 643
I. Die Rechtsentwicklung zur Eigenverwaltung 643
1. Die Eigenverwaltung als Instrument der Sanierung und Restrukturierung 643
2. Reformen durch das Gesetz zur Erleichterung der Sanierung von Unternehmen 644
3. Korrekturen durch das Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts 646
II. Das vorläufige Eigenverwaltungsverfahren 647
1. Der Antrag des Schuldners 647
a) Allgemeine Voraussetzungen 647
aa) Der Antrag auf Zulassung zur Eigenverwaltung 647
bb) Besondere Nachweise nach § 270a InsO 648
cc) Die Prüfung der Anordnungsvoraussetzungen 649
b) Die vorläufige Eigenverwaltung nach § 270b InsO 650
c) Das so genannte Schutzschirmverfahren nach § 270d InsO 650
2. Die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen 651
3. Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten 652
a) Die Rechte und Pflichten des Schuldners im Eröffnungsverfahren 652
b) Die Rechtsstellung des vorläufigen Sachwalters 653
c) Die Begründung von Masseverbindlichkeiten 654
4. Die vorzeitige Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung 655
III. Das eröffnete Eigenverwaltungsverfahren 655
1. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung 655
a) Die Anordnung durch das Insolvenzgericht 655
b) Die Anordnung der Eigenverwaltung auf Beschluss der Gläubigerversammlung 656
2. Die Aufhebung der Eigenverwaltung 657
IV. Die Rechtsstellung der Verfahrensbeteiligten in der Eigenverwaltung . 658
1. Die Befugnisse und die Pflichten des Schuldners 658
a) Die vermögensrechtlichen Befugnisse des Schuldners 658
aa) Die Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts 659
bb) Die Zustimmungsbedürftigkeit nach § 276 InsO 659
b) Die insolvenzspezifischen Aufgaben und Befugnisse des Schuldners 660
2. Die Rechtsstellung des Sachwalters 661

14. Kapitel. Das Restschuldbefreiungsverfahren 663
I. Die Grundlagen der Restschuldbefreiung 663
1. Die wirtschaftliche und rechtliche Ausgangssituation 663
2. Der Standort der Restschuldbefreiung im Insolvenzrecht 664
a) Die Restschuldbefreiung als Teil des Insolvenzrechts 664
b) Die Verfassungsmäßigkeit der Restschuldbefreiung 664
c) Die Redlichkeit des Schuldners als sachliche Voraussetzung einer Restschuldbefreiung 665
d) Die Restschuldbefreiung im Rechtsvergleich 666
3. Die Reformen des Restschuldbefreiungsverfahrens 667
4. Die Statistik zur Restschuldbefreiung 667
II. Die Durchführung des Restschuldbefreiungsverfahrens 668
1. Der Verfahrensablauf im Überblick 668
2. Der zur Restschuldbefreiung zugelassene Personenkreis 669
3. Das Durchlaufen eines Insolvenzverfahrens 670
4. Der Antrag des Schuldners auf Erteilung der Restschuldbefreiung 671
a) Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen 671

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

aa) Die Form der Antragstellung 671
bb) Der Zeitpunkt der Antragstellung 671
b) Die Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens . . 672
c) Die Dauer der Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens 673
d) Vorschlag eines geeigneten Treuhänders 675
5. Die Eingangsentscheidung zur Restschuldbefreiung nach § 287a InsO 675
a) Der Zweck der Entscheidung 675
b) Zulässigkeit und Begründetheit des Restschuldbefreiungsantrags 676
c) Die Sperrfristen nach § 287a Abs. 2 InsO 676
d) Zurückweisung des Antrags auf Restschuldbefreiung 678
e) Die Zulassung des Schuldners zur Restschuldbefreiung 678
6. Der Ablauf des Restschuldbefreiungsverfahrens 678
a) Die Entscheidung des Gerichts nach dem Schlusstermin 678
b) Die Einziehung und Verteilung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens 679
c) Die rechtliche Stellung der Insolvenzgläubiger 681
d) Die Obliegenheiten des Schuldners nach § 295 InsO 682
aa) Verpflichtung zu angemessener Erwerbstätigkeit 682
bb) Verpflichtung zur Abgabe von Vermögenserwerb 683
cc) Meldepflichten gegenüber dem Treuhänder 684
dd) Verbot von Sonderzahlungen an die Gläubiger 684
ee) Verbot der Begründung unangemessener Verbindlichkeiten 685
ff) Überwachung des Schuldners nach § 292 Abs. 2 InsO 685
7. Die Erteilung der Restschuldbefreiung 686
a) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach Ablauf der regelmäßigen Abtretungsfrist 686
b) Die Erteilung der Restschuldbefreiung bei Fehlen von Insolvenzgläubigern oder vollständiger Befriedigung 686
c) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach fünf Jahren und Deckung der Kosten 687
d) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach drei Jahren und 35 Prozent Gläubigerbefriedigung 687
8. Die Wirkungen der Restschuldbefreiung 690
a) Die Umwandlung der Insolvenzforderungen in Naturalobligationen 690
b) Von der Restschuldbefreiung ausgenommene Forderungen . . . 690
III. Die Versagung der Restschuldbefreiung 694
1. Überblick 694
2. Die Versagung der Restschuldbefreiung im Insolvenzverfahren . . . 694
a) Antragsrecht eines Insolvenzgläubigers 694
b) Zeitpunkt der Antragstellung 695
c) Die Gründe einer Versagung der Restschuldbefreiung nach § 290 Abs. 1 InsO 696
aa) Allgemeine Grundsätze zu den Versagungstatbeständen . . . 696
bb) Die Versagungstatbestände im Einzelnen 696
d) Glaubhaftmachung des Versagungsgrundes 699
e) Entscheidung des Gerichts 700
3. Die Versagung der Restschuldbefreiung während des Abtretungszeitraums 701
a) Die Obliegenheitsverletzung des Schuldners nach § 296 InsO . . 701
b) Die Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat nach § 297 InsO 703
c) Die fehlende Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders nach § 298 InsO 703

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

d) Die Folgen der Versagung der Restschuldbefreiung 704
4. Der Widerruf der Restschuldbefreiung nach § 303 InsO 704

15. Kapitel. Das Verbraucherinsolvenzverfahren 707
I. Die Grundlagen der Verbraucherinsolvenz 707
1. Die Gesetzgebungsgeschichte zum Verbraucherinsolvenzverfahren 707
2. Der Verfahrensablauf im Überblick 708
II. Das Insolvenzeröffnungsverfahren 709
1. Der Antrag des Schuldners auf Insolvenzeröffnung 709
a) Der wesentliche Inhalt des Antrags 710
aa) Die Bestimmung der Verfahrensart 710
bb) Der Antrag auf Gewährung von Kostenstundung 710
b) Die Form des Insolvenzantrags 710
c) Die inhaltlichen Erfordernisse des § 305 Abs. 1 InsO 711
aa) Der Nachweis über das Scheitern außergerichtlicher Schuldenbereinigung 711
bb) Der Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung 715
cc) Das Vermögensverzeichnis und das Gläubigerverzeichnis 715
dd) Der Schuldenbereinigungsplan 716
d) Mängel des Antrags und Mängelbeseitigung nach § 305 Abs. 3 InsO 718
2. Der Antrag eines Gläubigers auf Insolvenzeröffnung 719
a) Das Antragsrecht des Gläubigers nach § 13 InsO 719
b) Die Aufforderung des Schuldners zur eigenen Antragstellung . . 719
3. Das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren 719
a) Die Entscheidung des Gerichts über Durchführung des Verfahrens 719
b) Das Ruhen des Eröffnungsverfahrens nach § 306 Abs. 1 InsO . . 720
c) Die Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen 720
d) Die Zustellung des Schuldenbereinigungsplans an die Gläubiger 721
aa) Die zuzustellenden Schriftstücke 721
bb) Die Notfrist für die Gläubiger nach § 307 Abs. 1 InsO 722
e) Die Änderung des Plans durch den Schuldner nach § 307 Abs. 3 InsO 722
f) Die Annahme des Schuldenbereinigungsplans 723
g) Die Wirkungen des angenommenen Schuldenbereinigungsplans 723
aa) Die Wirkung eines Prozessvergleichs nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO 723
bb) Das Erlöschen von Forderungen der Gläubiger nach § 308 Abs. 3 InsO 724
4. Die Zustimmungsersetzung nach § 309 InsO 725
a) Die Bedeutung und der Zweck der Vorschrift 725
b) Der Antrag auf Ersetzung der Zustimmung widersprechender Gläubiger 726
c) Die sachlichen Voraussetzungen der Zustimmungsersetzung . . 726
aa) Die Zustimmung von mehr als der Hälfte der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 1 InsO 726
bb) Die angemessene Beteiligung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 InsO 727
cc) Die wirtschaftliche Stellung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 InsO 729
dd) Der Ausschluss der Zustimmungsersetzung nach § 309 Abs. 3 InsO 731
d) Das Verfahren der Zustimmungsersetzung 731
aa) Die Anhörung der Beteiligten 731

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

bb) Die Entscheidung des Gerichts 732
cc) Die Anfechtung der Entscheidung 732
e) Die Wirkungen der Zustimmungsersetzung 732
5. Die Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens . . . 735

Stichwortverzeichnis 737

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG